

Sich auch harten sicherheitspolitischen Fragen stellen - Nichthandeln ist keine Option

Interview mit Dr. Johann Wadephul (MdB), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagfraktion

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

2014 haben in ihren Reden auf der Münchner Sicherheitskonferenz der damalige Bundespräsident Joachim Gauck, der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen Deutschlands Verantwortung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik beschworen und beherztes Handeln gefordert. Hat der Appell gefruchtet?

Ein ganz klares Ja. Ja, Deutschland ist in den vergangenen fünf Jahren sicherheitspolitisch sehr aktiv gewesen: bei Einsätzen, in der NATO oder denken sie an die Bewaffnung der Peschmerga. Auf der anderen Seite sehe ich aber noch immer Defizite. Zu schnell werden bei uns Debatten um sicherheitspolitische Fragen reflexhaft abgebrochen, wenn es mal schwierig wird und es um militärische Optionen geht. Insbesondere erscheint dann für viele deutsches Nichthandeln noch immer eine Option zu sein. Das ist in Zeiten wie diese grob fahrlässig und im Interesse unserer eigenen Sicherheit verantwortungslos.

Die sicherheitspolitische Lage hat sich im vergangenen Jahr weiter verschärft. Was sehen Sie 2019 als größte Herausforderung der internationalen Politik an?

Manchmal glaubt man, die Büchse der Pandora hat sich geöffnet. An allen Ecken brennt oder glimmt es. Die größte Gefahr sehe ich in der drohenden Auflösung der werte- und regelbasierten Weltordnung. Sie hat über Jahrzehnte der Welt trotz aller Krisen und schrecklicher Konflikte ein Maß an Frieden und Wohlstand garantiert, wie es weltgeschichtlich einzigartig ist. Heute aber treten immer mehr egoistischer Nationalismus, knallharte Machtpolitik, zynische Regelbrüche und das Denken in Interessensphären in den Vordergrund. Die Welt wird immer regelloser und damit gefährlicher. Dagegen helfen nur eine Politik der breiten Zusammenarbeit und die Stärkung internationaler Regelwerke. Und wir müssen den Staaten, die Regeln brechen, verdeutlichen, dass dies nicht geht. Und sie dazu bringen, sich wieder an diese Regeln zu halten. Wie etwa Russland beim INF-Vertrag.



Dr. Johann David Wadephul

ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und wurde 2017 mit 42,7 Prozent im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde erneut direkt gewählt. Er war SaZ 4 bei der Heeresflugabwehrtruppe und ist Major d.R.

Seit Januar 2018 ist er Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Auswärtiges, Verteidigung und Europarat sowie u.a. stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Verteidigungsausschuss.

Das Stichwort INF ist gefallen: Russland hat den INF-Vertrag verletzt, die USA haben ihn jetzt aufgekündigt, Russland hat nachgezogen. Was jetzt? Stehen wir wieder vor einem atomaren Wettrüsten?

Ziel muss es sein, dass die Raketen wieder verschwinden. Dazu wird es harte Verhandlungen mit Russland brauchen. Und die kann man nur führen, wenn man als NATO geschlossen auftritt und wenn man einen gewissen Druck aufbaut. Dass die SPD reflexartig jede Nachrüstung ausschließt, schwächt massiv die Verhandlungsposition mit Russland und hat Potenzial, die NATO zu spalten. Einen solchen deutschen Sonderweg lehnt die Union ab. Jetzt gilt es hart zu verhandeln und die Chance in der Krise zu nutzen. D.h., alles zu versuchen, dass am Ende vielleicht sogar ein Vertrag steht, der China und weitere Staaten miteinschließt.

Der Vorsitzende der MSC, Botschafter Wolfgang Ischinger, bezeichnet Russland derzeit als den „Problemären“. Wie sollte man mit Russland umgehen?

Ich sage das mit echtem Bedauern: Russland betreibt seit Jahren eine Politik der zunehmenden Aggression und Eskalation. Die Stichworte lauten Krim, Donbass, Syrien, Snap Exercises, hybride Kriegsführung und, und, und. So wie Russland derzeit agiert, ist es eine Gefahr. Die müssen wir auch in Deutschland sehr ernst nehmen. Wir müssen zusammen mit unseren Verbündeten Stärke und Resilienz zeigen und uns nicht einschüchtern und spalten lassen. Gleichzeitig aber sind wir zum Dialog mit Russland bereit. Auf Augenhöhe und auf Grundlage einer ganz klaren gemeinsamen Politik. Zweideutigkeiten und Relativierungen spielen nur dem Kreml in die Karten.

Themenwechsel. Im Aachener Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich wurde auch die vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsindustrien beider Länder vereinbart. Dafür braucht es einen gemeinsamen Ansatz wie mit Rüstungsexporten zu verfahren ist. Viele Beobachter sind skeptisch, da die jeweiligen Vorstellungen doch sehr verschieden sind. Gehören Sie auch zu den Skeptikern?

Die Frage der Rüstungsexporte ist jetzt seit Jahren ein heißes Eisen. Innenpolitisch gehen da die Emotionen immer sofort hoch. Langsam aber stellen sich ein paar Grundsatzfragen. Erstens: Wie wollen wir denn europäisch in der Entwicklung und Beschaffung kooperieren, wenn wir im Grunde jedem potenziellen Partner sagen, mit uns kannst Du nicht exportieren? Zweitens: Wie wollen wir internationale Partnerschaften und Kooperationen pflegen, wenn mittlerweile selbst NATO-Verbündete befürchten müssen, von uns keine Rüstungsgüter zu erhalten? Und drittens: Wenn unsere Rüstungsindustrie somit im Grunde nicht kooperieren kann und nicht exportieren darf, wollen wir dann akzeptieren, dass die Industrie das Handtuch wirft oder abwandert? Und wollen wir dann, dass die Bundeswehr nur noch im Ausland einkaufen kann? Wir haben in Deutschland ein sehr restriktives Kontrollregime. Das ist auch gut so. Aber wir müssen auch Maß halten. Wir müssen akzeptieren, dass Rüstungsexporte für ein international handlungsfähiges und kooperationsberechtigtes Deutschland auch ein selbstverständlicher Teil der Außen- und Sicherheitspolitik sein müssen. Ansonsten spielen wir die Moralapostel auf einer Insel der Seligen. Doch da ist man schnell ganz allein und einsam.

Frankreich und Deutschland wollen auch die gemeinsame europäische Sicherheitspolitik weiter vertiefen. Können Sie dabei wirklich auf die Unterstützung aller Europäer und der Amerikaner zählen?

Frankreich und Deutschland haben mit den Vereinbarungen von Aachen erneut ein Zeichen und Beispiel für Zusammenarbeit in Europa gesetzt. Ja, es gibt einige Staaten in Europa, die haben andere Vorstellungen für eine europäische Sicherheitspolitik. Großbritannien nach dem Brexit oder auch Dänemark mit seinem Opting-Out in diesen Fragen. Aber alle anderen Staaten haben erkannt, dass wir eine echte europäische Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik brauchen.



Truppenbesuch bei der Ausbildungsmission für die Peshmerga im Nord-Irak.

Und dass wir dafür mehr koordinieren und kooperieren müssen. Deswegen müssen wir möglichst viele Staaten zusammenbinden. Einen Verbund europäischer Streitkräfte schaffen. Nur dann können wir effizient und effektiv sein. Deutschland bemüht sich da seit Jahren um verschiedene Staaten. Und wir haben sehr viel erreicht. Vor allem mit den Niederlanden, mit denen wir eine tiefe Integration eingegangen sind. Aber es entwickelt sich auch viel mit Tschechien, Rumänien oder den Baltischen Staaten oder über die vielen PESCO-Projekte. Jetzt braucht es Energie, Konzentration und wohl auch etwas Geduld, damit aus den Inseln der Kooperation langsam ein Kontinent der Integration wird. Und weil wir das alles dezidiert nicht gegen die NATO machen, sondern eben auch um den etwas dünnen europäischen Pfeiler der Allianz zu stärken, werden auch die USA den Mehrwert der Bemühungen sehen. Da lasse ich mich durch irgendwelche Tweets nicht kirre machen.

Auch Sie plädieren für eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben. Und das angesichts horrenden Beraterhonorare und einer schier unüberwindbar scheinenden Beschaffungsbürokratie. Stellt sich da nicht erst einmal die Frage, ob man nicht erst einige Hausaufgaben bei der Bundeswehr machen sollte?

Ich weiß nicht, ob es nur Hausaufgaben sind. Ich denke eher an ein Großreinemachen im Beschaffungswesen. Der kafkaeske Bürokratie-Dschungel muss gelichtet werden. Das wird untersucht und bald sollen ja Ideen vorliegen. Dann muss es heißen: Volldampf bei der Umsetzung! Da wird der Deutsche Bundestag sehr genau ein Auge darauf haben. Parallel dazu erfolgt die Aufstellung des neuen Haushalts. Da kommen wir aus einer guten Ausgangslage mit einem kräftigen Wachstum des Verteidigungshaushalts zum fünften Mal in Folge. Doch er muss auch weiter kontinuierlich wachsen. Ich trete dafür ein, das Zwei-Prozent-Ziel wie in der NATO vereinbart bis 2024 zu erfüllen. Doch letztendlich ist das nur ein Hilfsziel. Hauptziel muss es sein, die Bedarfe der Bundeswehr zu erfüllen. Und die sind gigantisch. Daneben gibt es noch ganz viele andere Wünsche und Pläne für den Bundeshaushalt. Darüber lesen wir ja fast täglich in der Zeitung. Das deutet an, dass die Haushaltsdebatten in diesem Jahr munter werden. Als Unionsfraktion werden wir aber darauf pochen, dass die Bundeswehr nicht zu kurz kommt.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, vielen Dank für das Gespräch!

Die Fragen stellte Chefredakteur Burghard Lindhorst.

Anzeige



Ihre Sicherheit. Unser Auftrag.

- Sichere Netzwerkkarte
- Netzwerkdioide
- Labellingdienst
- Security Gateway
- SAVe – das ISMS-Tool